Zeitschrift: Zeitschrift für schweizerisches Recht = Revue de droit suisse = Rivista di diritto svizzero = Revista da dretg svizzer : Halbband II. Referate und Mitteilungen des SJV

Herausgeber: Schweizerischer Juristenverein

Band: 68 (1949)

Buchbesprechung: Besprechungen und Anzeigen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Besprechungen und Anzeigen

Individuum und Gemeinschaft. Festschrift zur Fünfzigjahrfeier der Handels-Hochschule St. Gallen 1949 (St.-Galler Wirtschaftswissenschaftliche Forschungen Band 7). St. Gallen 1949 (Fehrsche Buchhandlung). XIV und 628 S., br. Fr. 30.—, geb. Fr. 38.—.

«Die Handelshochschule St. Gallen hat im Frühjahr 1949 ihr hundertstes Semester, das 50. Jahr ihrer Wirksamkeit, vollendet. Sie möchte mit einer Festschrift dieser Tatsache so gedenken, wie es einer wissenschaftlichen Institution und denen, die an ihr lehren und forschen, am besten geziemt. Aus ihrem ureigenen Schaffensgebiet haben einige Honorarprofessoren sowie sämtliche ordentlichen und außerordentlichen Professoren, Titularprofessoren und Privatdozenten, die an unserer Hochschule und ihren wissenschaftlichen Instituten wirken, Beiträge zu diesem Werk beigesteuert... Es ist kein Gemeinschaftswerk im strengen Sinne des Wortes, das auf diese Weise entstanden ist und das wir unseren Gästen an der Jubelfeier... darbieten, sondern eine Sammlung von Abhandlungen verschiedenartigen Inhalts, lose verbunden durch ein Gesamtthema, das so alt ist, wie die menschliche Gemeinschaft selbst, und doch stets neu und aktuell bleibt.»

Diese Worte sind dem Vorwort entnommen, welches der Rektor, Theo Keller, dem mächtigen Bande von 628 Seiten Großoktav vorausschickt.

Es ist ein respektables Stück Arbeit, 27 Mitarbeiter unter einem Dache zur gegebenen Stunde pünktlich zu versammeln, selbst wenn eine großzügige (offenbar gutgeleitete!) Kantonalbank und eine im besten Sinne vornehme Offizin wie die Fehrsche Buchhandlung in St. Gallen gewissermaßen die ἀρχέτυποι liefern.

Um es gleich zu sagen: eigentlich verdiente dieser Band in allererster Linie einem breiteren Publikum von Gebildeten zugänglich gemacht zu werden. Indem das Leitmotiv volks- und betriebswirtschaftlich, handels- und staatspolitisch, juristisch, kulturphilosophisch und literärgeschichtlich illustriert, variiert und individualisiert wird, gleicht es einem Kaleidoskop oder einem tiefen Schaufenster, in dem sich ein reiches, bunt ausgelegtes Wissen zu besinnlicher Erinnerung für sonntägliche Mußestunden darbietet, um so mehr als in ihm alle drei hauptsächlichen Landessprachen vertreten sind.

«Künstler und Gesellschaft in England 1850—1900» (M. Wildi), «Der Mensch als Schöpfer» (G. Bally), «Das Ich und seine Umwelt» (P. H. Schmidt), «Paul Valéry et le monde moderne ou l'intellect juge de l'individu et de la collectivité» (P. Beausire), «Individuo e comunità nella Divina Commedia» (R. Roetel); aber auch «Die weltanschaulichen Grundlagen der Schweizerischen Eidgenossenschaft» (W. Nef) und «Persönlichkeit und Volksgemeinschaft im eidgenössischen Bundesleben» (G. Thürer), «Die Stellung des Sklaven nach den Siete Partidas Alfons' des Weisen» (J. A. Doerig): schon diese Titel für die Aufsätze des vierten Teiles sprechen für sich allein. Während langer Examenssitzungen hat sich der Schreibende an Wildis und Beausires geistreichen *appréciations*, Roetels lehrreicher Danteinterpretation, des alten Schmidt großräumigen Gedanken, an Thürers lesebuchreifen Betrachtungen, Ballys kostbaren Anekdoten und W. Nefs kultursoziologischen Darlegungen erfreut und erbaut.

Eine einzige kritische Bemerkung sei in dieser juristischen Zeitschrift gestattet. Das berühmte Gesetzbuch von *Alfonso el Sabio* (Septem Partes, entstanden um 1250, der ersten mittelalterlichen Hochblüte des römischen und kanonischen Rechts, zum Beispiel der accursischen Glosse und der scholastischen Philosophie) ist in seinen Sätzen über die Sklaverei natürlich in erster Linie von den römischen Klassikern her inspiriert. Um nur dies anzumerken: der Satz: *servidumbre es postura et establecimiento que ficieron antiguamente las gentes por la qual los homes que eran naturalmiente libres se facien siervos, et se sometien a señorio de otri contra razon de natura* (vgl. Doerig S. 481) findet sich zunächst in den Justinianischen Institutionen (1, 2, 2): *nam usu exigente et humanis necessitatibus gentes humanae quaedam sibi constituerunt: bella etenim orta sunt et captivitates secutae et servitutes, quae sunt iuri naturali contrariae. Iure enim naturali ab initio omnes homines liberi nascebantur.* (Vgl. auch J. 1, 3, 2: *servitus autem est constitutio iuris gentium, qua quis dominio alieno contra naturam subicitur*). Von da geht es zurück auf das Institutionenbüchlein des Florentinus, der zur Zeit des Marc Aurel, also um 180, geschrieben haben dürfte (zitiert in D. 1, 5, 14): *servitus est constitutio iuris gentium, qua quis dominio alieno contra naturam subicitur.* Florentinus selbst ist doch wohl, wie sein kaiserlicher Herr, Stoiker, und diese letzteren konnten sich bei ihrer Verherrlichung des Menschseins und der Freiheit wiederum auf die naturrechtliche These der Sophisten beziehen, die alle Menschen für frei erklärt hatte und die Sklaverei als bloßes Erzeugnis der positiven Gesetzgebung abschaffen möchte. (Vgl.

W. Siegfried, Untersuchungen zur Staatslehre des Aristoteles, Zürich 1942, S. 30). Auch die rechtliche und tatsächliche Stellung des Sklaven, die Dauerbeziehung des Freigelassenen zum Patron und ihr Inhalt (*obsequium, operae, bona*) u. a. m. sind in den *Siete Partidas* viel weniger originell, als Doerig annimmt.

Als entgegengesetzter Pol erscheinen an der Spitze der Festschrift, etwa die Hälfte ihres Umfangs bestreitend, die eigentlich wirtschaftswissenschaftlichen Abhandlungen (S. 1—306). Für den Leser gruppieren sie sich (etwas abweichend von ihrer tatsächlichen Reihenfolge) in grundsätzliche und Spezialuntersuchungen. Zu den ersteren sind zu zählen: W. A. Jöhr, Das Problem der Wirtschaftsordnung; A. Gutersohn, Gruppeninteresse und Allgemeinwohl; E. Küng, Einzelinteresse und Gesamtinteresse; R. Debes, Der Gemeinschaftsgedanke in Beruf und Betrieb; E. Gsell, Der Individual- und der Kollektivgedanke in der Leitung der Betriebswirtschaft; A. Lisowsky, Individuum und Kollektiv als Marktfaktoren; A. Engeler, Naturwissenschaftliche Forschung als Problem von Individuum und Gemeinschaft.

Vom Standpunkt dieser Zeitschrift aus soll auf die bedeutenden und aktuellen Ausführungen von Gsell, Gutersohn und Jöhr mit besonderem Nachdruck hingewiesen werden. In den von ihnen aufgeworfenen Fragestellungen wird der Kern der soziologischen Problematik unserer Tage zugleich getroffen und aufgespalten.

Andererseits läßt uns eine Reihe von Dozenten einen Einblick in ihre gegenwärtige Werkstatt tun, an ihrer Spitze der Rektor, welcher «Gewinn und Gemeinwohl als Ziele der wirtschaftlichen Tätigkeit öffentlicher Gemeinwesen» nachgeht, mit dem tröstlichen Ergebnis, daß die Errichtung von «wirtschaftlichen Unternehmungen» schon dogmengeschichtlich, aber auch tatsächlich vom Primat des Wohlfahrtszweckes beherrscht werde, wenn auch, *forcément,* gerade die löbliche Betätigung sittlichen Hochstandes (man denkt an die von Max Weber in klassischer Weise vertretene These vom Geist des Kapitalismus und den Postulaten der protestantischen Ethik) zu nicht unbeachtlichen Gewinnen führen kann! Den Kellerschen Feststellungen muß die Fragestellung des Direktors des Schweizerischen Instituts für Außenwirtschafts- und Marktforschung, A. Boßhardt, an die Seite gestellt werden: Das Gemeininteresse im handelspolitischen Protektionismus — Realität oder Fiktion?

Außerdem schreiben C. Gasser über Unternehmung und öffentliche Meinung in der Privatversicherung; W. Hunziker über den Einzel- und Massenreiseverkehr als touristisches Pro-

blem; A. Lisowsky über die technische Normung und ihre Bedeutung für den Einzelnen und die Gemeinschaft.

Und nun das Mittelstück des Bandes: das Trüpplein der Juristen, übrigens eine ganz ausgezeichnete Werkgemeinschaft. Um mit dem Senior zu beginnen: Hans Nawiasky macht in seinem kleinen, aber geistreichen *Aperçu* (S. 433—440) auf einen «Kreislauf» in der Entwicklung der Grundrechte aufmerksam. Ursprünglich als selbständige Gegenspieler außerhalb des Staates stehend, werden sie später der Gesetzgebung zunächst einverleibt und untergeordnet und schließlich von ihr außer Kraft gesetzt, um nun wieder in nachdrücklicher Weise wie ehemals (so etwa im Entwurf einer bayrischen Verfassung von 1946) durch besondere Sicherungen der allgemeinen Gesetzgebung entzogen zu werden. In eingehenden Ausführungen («Rechtsprobleme der Geschäftsvermittlung zwischen Unternehmen und Markt», S. 329 bis 372) nimmt sodann Walther Hug die Gelegenheit wahr, für sein Patenkind, das neue Gesetz über den Agenturvertrag, dogmengeschichtlich, rechtspolitisch, systematisch und schließlich kommentatorisch einzutreten: ein Kabinettstück monographischer Behandlung einer einzelnen Vertragsart, von dem man nur bedauern kann, daß es für den großen Kreis der direkt Interessierten auf dem Umweg über eine so mannigfaltige Festschrift zugänglich gemacht werden muß.

E. Naegeli («Tarifgemeinschaft, Anschluß- und Reversvertrag, ein Beitrag zum Thema: Individuum und Gemeinschaft beim Gesamtarbeitsvertrag», S. 397—432) greift zwei Probleme des heutigen Arbeitsrechts heraus. Einmal soll gezeigt werden, «wie sich in den neueren Verträgen immer mehr ein Prozeß der Entindividualisierung des GAV bemerkbar macht» (S. 398). Es sollen die Außenseiter immer wirksamer dem GAV unterworfen werden, sei es durch Allgemeinverbindlicherklärung, sei es mittels Druck der Verbände durch erzwungenen «Anschlußvertrag». Sodann wird auch versucht — da in der Praxis die Einwirkung der Verbände auf ihre Mitglieder gelegentlich versagt —, die einzelnen Verbandsmitglieder durch unmittelbare vertragliche Verpflichtung zur Einhaltung des GAV zu bringen (Reversvertrag). Die «zweite besondere Kollektivierungserscheinung... ist die Tendenz zu einer starken Betonung des zwischen den Tarifparteien bestehenden Gemeinschaftsverhältnisses (Tarifgemeinschaft)»: hier wird versucht, die Gemeinschaft der Tarifparteien konstruktiv zu erklären und die Zusammenhänge zwischen Tarifgemeinschaft und Berufsgemeinschaft aufzuzeigen. Daß es sich in beiden Fällen wirklich um brennende Probleme handelt, ist dem Verfasser ohne weiteres zuzugeben. Etwas ganz anderes ist

natürlich die grundsätzliche (u. a. soziologische und politische im weitesten Sinne) Ausdeutung dieser zunächst nur arbeitsrechtlichen Situation. Auch in jenem weiteren «Sektor» öffnet sich der Blick auf tiefgreifende personale Strukturverschiebungen.

F. W. Bürgi, Professor für Privat- und Handelsrecht («Individualistische und kollektivistische Strömungen im geltenden Privatrecht, insbesondere im Hinblick auf Eigentum und Arbeitsleistung», S. 306—327) steuert einen Beitrag bei, der auch für unsere wirtschaftswissenschaftlichen Kollegen äußerst lehrreich sein muß: *un tour d'horizon* über die «Akzentverschiebungen», wie sie beim Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Gemeinschaft innerhalb des Privatrechts an zahlreichen einzelnen Beispielen gezeigt werden können, vergangenen und gegenwärtigen: wobei die Verlagerung vom Eigentum zur Arbeit («der eigentumsfeindliche und arbeitsfreundliche Gegenwartstrend», S. 318) als besonders charakteristisch erscheint.

Und schließlich melden sich die beiden Jüngsten unter den juristischen Dozenten zum Wort, O. K. Kaufmann und R. Moser, der Bodenspezialist und der Internationalist, beides tüchtige und rührige Kräfte. Der erstere plaudert über seine *Yale University* («Individuum und Gemeinschaft im Bildungsgang einer amerikanischen Hochschule»), ihre Institute und ihre «Atmosphäre», die Lebensmethoden und das *Selfgovernment* ihrer Adepten (S. 373—384). Moser dagegen («Einzelinteresse und Verkehrsschutz bei internationaler Betrachtung der gewillkürten Stellvertretung», S. 385—396) folgt dem Bedürfnis, die kollisionsrechtliche Behandlung der sogenannten direkten Stellvertretung aufzuhellen; die Erörterung, «welches Recht nach Maßgabe der beteiligten Interessen am ehesten zum Entscheid über die Frage berufen sei, ob jemand durch das Handeln eines andern in seinem Namen gültig verpflichtet werde oder nicht» (S. 387). Aus seinen Überlegungen resultiert der Satz: «Über Bestand, Umfang und Beendigung der Vollmacht entscheidet das Recht des Ortes, welcher den Mittelpunkt der geschäftlichen oder sonstigen beruflichen Tätigkeit des Vertreters darstellt» (S. 396). Der Schreibende kann ihm um so lebhafter zustimmen, als er schon in seinem eigenen Grundriß des Internationalprivatrechts (in R. Stammlers Das gesamte deutsche Recht, 1931, I, S. 1614) geschrieben hatte: «Die herrschende Meinung läßt hier das Recht der Niederlassung entscheiden, von der aus der Agent die Geschäfte des Prinzipals betreibt (so auch das deutsche Reichsgericht).» Dennoch bringt der Mosersche Beitrag im Hinblick auf den vom *Conflict of Laws-Committee* der *International*

Law Association vorbereiteten Entwurf einer *Convention* für *Représentation* und *Commission* eine erwünschte Befestigung der Lehre.

Herr Kollege Roetel zitiert (S. 546) aus De Monarchia des Dante (1, 8) folgenden Passus: *ergo humanum genus bene se habet et optime quando secundum quod potest Deo assimilatur. Sed genus humanum maxime Deo assimilatur quando maxime est unum... Sed tunc genus humanum est unum quando totum unitur in uno; quod esse non potest nisi quando uni principi totaliter subiacet, ut de se patet. Ergo humanum genus uni principi subiacens maxime Deo assimilatur, et per consequens maxime est secundum divinam intentionem.*

Diese Sätze sind etwa 1310 geschrieben; in großartiger Weise ist in ihnen die Weltanschauung dieser Epoche konzentriert. Individuum und Gemeinschaft damals: als es eine einzige Kulturwelt gab, unter einer Leitung; eine Konfession, eine Theologie und Philosophie, ein Recht, eine Gelehrtensprache und eine allgemeingültige Ständeordnung.

Andererseits stellt Herr Nef u. a. folgende Betrachtung an: «Wenn wir die Frage stellen: sind wir Schweizer ein christliches Volk?, so können wir rein zahlenmäßig die Antwort geben, daß die Großzahl aller Schweizer äußerlich zum Christentum gehört. Schwieriger wird die Antwort, wenn wir weiter fragen: in welcher Weise ist das Schweizervolk ein christliches Volk? Hier gliedert sich die Antwort in drei voneinander geschiedene Teile. Das Problem hat eine dogmatische, eine rechtliche und eine ethische Seite» (S. 506).

Wiederum: Individuum und Gemeinschaft: jetzt innerhalb der «Weltanschaulichen Grundlagen der Schweizerischen Eidgenossenschaft». Auch hier: der Denkstil, diesmal unseres eigenen Jahrhunderts: individualistisch, pensatorisch-kritisch, positivistisch und historistisch. Die Frage, ob wir ein christliches Volk seien, ist «zahlenmäßig» erfaßt, wird «schwierig», «zerfällt» in drei Unterfragen. Oder: der berühmte religiöse Vorspruch des Bundesvertrages von 1815 und der Verfassungen von 1848 und 1874 (Nef, S. 507) ist nur eine Erklärung, an der theistischen Grundlage festhalten zu wollen, soweit es ohne Verletzung der Gewissensfreiheit geschehen kann (Lampert, Staat und Kirche I 51), das heißt im Rahmen einer freiheitlichen Staatsidee, «die ja unter anderem auf das Christentum zurückgeht» (Fleiner-Giacometti 1949, 35).

Befinden wir uns nicht nochmals mitten in großen «weltanschaulichen» Auseinandersetzungen? Und stehen diese letztern nicht wieder einmal unter einem gemeinschaftsfreundlichen

Sterne? Der Einsicht, in einem gemeinsamen Schiffe einen gemeinsamen Kurs bestimmen zu müssen angesichts der drohenden Ungewitter?

Es ist das Verdienst der Handelshochschule St. Gallen, eine der bewegenden Fragestellungen unserer Tage auf breiter Grundlage aufgerollt zu haben. Die Festschrift zum 50. Geburtstage der schweizerischen Lehranstalt ist für diese letztere eine schöne Rechtfertigung. Wenn das schweizerische *commercium* dergestalt in die Kultur hineingestellt wird, wenn es in diesem weltgeschichtlichen Rahmen gelehrt wird, dann kann sich die schweizerische Öffentlichkeit über einen solchen Tatbestand aufrichtig freuen.

M. Gutzwiller

Piaget, Robert: Droit public et droit privé. Quelques aspects de leur confrontation en droit suisse. (Publications de la Faculté de droit de l'Université de Lausanne.) Lausanne 1948 (F. Rouge & Cie). 19 p. Fr. 2.—.

Me R. Piaget, Dr en droit, a fait sous ce titre une conférence lors des journées organisées par l'Association Henri Capitant en 1946. Cette conférence a été publiée dans la brochure qui nous a été soumise. Il n'a pas été possible de donner dans ces 19 pages des vues bien nouvelles sur un sujet si souvent traité, le conférencier n'y a nullement prétendu. Les premières pages de la brochure contiennent, en résumé, les points qui doivent permettre de distinguer le droit privé et le droit public. La seconde partie, la plus intéressante, illustre de plusieurs exemples tirés de problèmes posés par le droit privé les mesures prises par le législateur pour sauvegarder l'intérêt public dans les institutions du droit privé: lois sur le cautionnement, sur le désendettement des entreprises agricoles, sur les banques et les caisses d'épargne suggèrent au conférencier des remarques très caractéristiques. Le conférencier eut voulu indiquer au législateur les moyens de laisser au droit privé son caractère particulier tout en lui permettant d'assurer l'intérêt général: il n'en a guère eu le temps. Me Piaget a le mérite de poser nettement la question en évoquant les travaux de la Société suisse des juristes en 1938 et les rapports de MM. Comment, juge fédéral et Oftinger, professeur. Nous lui en savons gré.

Prof. P. Aeby, Fribourg

Fahrländer, Karl: Die außenstehende Tatsache in der bundesgerichtlichen Praxis zur Testamentsauslegung. (Abh.z.schweiz. Recht NF. Heft 257.) Bern 1948 (Stämpfli & Co.). 114 S. Fr. 6.—.

Seit vor ziemlich genau 2000 Jahren im vielleicht berühmtesten Zivilprozeß des Altertums, der jedenfalls unsterblich gewordenen *causa Curiana*, der jüngere Scaevola Pontifex als der angesehenste Jurist seiner Zeit und L. Licinius Crassus als gefeierter Rhetor darum stritten, ob Testamente nur κατὰ ῥητόν nach dem strengen Wortlaut, oder auch κατὰ διάνοιαν, nach der auch aus andern Umständen erkennbaren wirklichen Meinung des Testators auszulegen seien, gehört die Vereinigung des Wunsches, wenn immer möglich nach dem wahren Willen des Verfügenden zu verfahren, mit der Notwendigkeit, für dessen Erklärung gewisse Formen zu verlangen, zu den heikelsten Fragen des Erbrechts. Daß sie in einer Rechtsordnung, die wie die schweizerische nicht nur unter Mitwirkung von Urkundspersonen errichtete, sondern auch eigenhändige Testamente zuläßt, ganz besondere praktische Bedeutung besitzt, liegt auf der Hand; die Frage, wie weit bei mangelhaftem Ausdruck des Willens, zum Beispiel unklarer Bezeichnung der vermachten Sache, oder mangelhafter Erfüllung der Formerfordernisse, zum Beispiel Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit des Datums, auch andere als die der Urkunde selbst zu entnehmenden Tatsachen berücksichtigt werden dürfen, hat denn auch zu einer reichen Praxis nicht nur der kantonalen, sondern namentlich auch des Bundesgerichts Anlaß gegeben, die bekanntlich grob vereinfacht auf die Formel hinausläuft: mit Hilfe außenstehender Tatsachen darf zwar, was vorhanden, ausgelegt, nicht aber, was fehlt, ergänzt werden. Diese Rechtsprechung, in der man wohl schon fast ein Gewohnheitsrecht sehen kann, ist schon wiederholt dargestellt und auch schon angefochten worden; dennoch ist die vorliegende Arbeit sehr zu begrüßen, weil sie nicht nur eine sehr klare und eindrückliche Darstellung der bundesgerichtlichen Praxis mit Einschluß ihrer Parallele in derjenigen des deutschen Reichsgerichts und ihres Vorbildes in derjenigen zum *Code civil*, sondern auch eine sorgfältige und wohl abgewogene Kritik enthält: klar und fast durchweg überzeugend verteidigt der Verfasser einerseits den Grundsatz der Praxis, begründet er aber auch seine Ablehnung in der Tat fragwürdiger Einzelzüge, namentlich der Ansicht, daß Formfehler zwar auch durch außenstehende Tatsachen dargetan, aber doch nur dann nicht nur aufgezeigt, sondern zugleich auch berichtigt werden dürfen, wenn sie auf Versehen, genauer einen Erklärungsirrtum, zurückzuführen sind und die Urkunde selbst Anhaltspunkte für die Berichtigung liefert; das Erfordernis zum Beispiel des richtigen Datums verlangt nicht notwendig, daß dort, wo nicht nur die Unrichtigkeit des in der Urkunde genannten, sondern zugleich auch das wirk-

liche Datum der Errichtung mit Sicherheit dargetan werden kann, das Testament gleichwohl fällt; sehr hübsch zeigt der Verfasser, wie hier die Anlehnung an das französische Recht nur wegen ihrer Unvollständigkeit zur Unbilligkeit führt. Durchaus überzeugend erscheint auch die Kritik an der bundesgerichtlichen Praxis zur Frage, wie weit Umschläge, Kuverts und dergleichen als Teil des Testaments betrachtet werden dürfen. Ob es dagegen nötig und nicht doch sehr gefährlich ist, mit dem Verfasser vom allgemeinen Grundsatz da abzugehen, wo die Verhältnisse sich nach Errichtung der Verfügung geändert haben, mag zweifelhaft erscheinen; offenbar unrichtige Entscheide sollten sich eigentlich auch dann vermeiden lassen, wenn man zwar auch die ergänzende Auslegung bereits getroffener, aber nachträglich lückenhafter Verfügungen mit dem Verfasser weitherzig zuläßt, eigentliche Ergänzung im Sinne des Hinzufügens gänzlich fehlender Anordnungen aber ausschließt; auch hier wäre also wie sonst, das heißt etwa ähnlich abzugrenzen wie bei der Gesetzesauslegung zwischen Lücken und gesetzesfreiem Bereich, wobei allerdings Fälle wie die vom Verfasser leider nicht näher besprochenen BGE 56 II 351 ff. zum *testamentum mysticum* und BGE 45 II 155 ff. zur persönlichen Schuldpflicht für Hypotheken auf vermachten Grundstücken — welch letzterer wohl in guten Treuen angefochten werden kann — zeigen, daß die Abgrenzung von eigentlicher Ergänzung und lückenfüllender Auslegung auch hier nicht formal erfolgen darf, weil eine Blankettnorm nicht genügen kann, umgekehrt aber auch die Anordnungen des Testators nicht zu sehr zergliedert, sondern jeweils als Ganzes und die Regelung der Modalitäten im weiteren Sinne darum nur als Auslegung, nicht als Ergänzung betrachtet werden sollten. Im übrigen zeichnet der Verfasser die Parallele zum objektiven Recht insofern selbst vor, als er vorgängig der Erörterung seines eigentlichen Themas eine knappe, aber lesenswerte, vor allem an Walter Burckhardt anschließende Darstellung der Auslegung sowohl von Gesetzen als von Rechtsgeschäften gibt, auf die er bei der späteren Erörterung der Einzelfragen konsequent immer wieder zurückgreift; eben dies, verbunden mit der klaren Durchführung grundsätzlicher Unterscheidung wie zum Beispiel des Zweckes der Formvorschrift an sich und des Zweckes des einzelnen Formerfordernisses, erweist sich denn auch immer wieder fruchtbar. Der klare Aufbau der Arbeit und die knappe, aber lebendige und flüssige Darstellungsweise, die das Wesentliche jeweils plastisch hervortreten läßt, seien nicht zuletzt hervorgehoben.

PD. Dr. Karl Spiro, Basel

Roemer, Dr. jur. **Rudolf: Der Rechtsschutz gegen Störung von Eigentum und Besitz sowie gegen Grundeigentumsüberschreitung.** VI und 100 S., brosch. Fr. 6.—, Kommissionsverlag der Fehr'schen Buchhandlung, St. Gallen 1948.

Diese Berner Dissertation enthält eine zusammenfassende Darstellung der mit dem Eigentum und dem Besitz in Beziehung stehenden Rechtsschutzansprüche. Beigefügt ist eine Tabelle, die einen willkommenen Überblick über «die Anwendbarkeit der einzelnen Rechtsinstitute in den verschiedenen Störungsfällen» vermittelt.

Prof. P. Jäggi, Freiburg

Dudan, Philippe, Docteur en Droit: **Le principe de spécialité de la créance garantie par gage** (Etude de Droit bancaire). F. Rouge & Cie. S.A., Librairie de l'Université, Lausanne (ohne Angabe des Druckjahres). 190 S. Fr. 10.—.

Die Lehre vom Pfandrecht kennt zwei Spezialitätsprinzipien, die einander verwandt sind, aber sich nicht gegenseitig bedingen. Das eine fordert für die Gültigkeit der Pfandbestellung die Bestimmtheit des Pfandgegenstandes, das andere die Bestimmtheit der pfandgesicherten Forderung. Im ZGB ist nur das erste Prinzip ausdrücklich niedergelegt, und zwar einzig für das Grundpfand (Art. 797 Abs. 1). Das zweite ist darin überhaupt nicht erwähnt. (Der mißverständlich gefaßte Art. 794 Abs. 1 bezieht sich auf die Umschreibung der Pfandstelle, nicht der Pfandforderung.) Gelten die beiden Prinzipien gleichwohl im vollen Umfang? Die Frage ist bedeutsam. Denn im Geschäftsverkehr wird häufig entweder das Pfand nicht individuell bestimmt (so namentlich bei der Verpfändung von Kundenguthaben, vgl. BGE 69 II 286), oder es wird ein bestimmtes Pfand nicht nur für eine einzelne Forderung oder für die aus einem bestimmten Rechtsgrund entstehenden Forderungen bestellt, sondern außerdem für alle zukünftigen Forderungen, die dem Pfandnehmer aus irgendeinem Rechtsgrunde erwachsen oder von ihm von Dritten erworben werden (so namentlich im Bankverkehr; die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken enthalten durchwegs entsprechende Klauseln).

Der Verfasser der vorliegenden, klar geschriebenen Abhandlung (wohl einer Lausanner These) untersucht gerade im Hinblick auf die erwähnten Klauseln, ob der Grundsatz der Spezialität in seiner zweiten Ausprägung (mit Bezug auf die gesicherte Forderung) im schweizerischen Recht gilt. Er prüft zunächst ausführlich die Tragweite des Grundsatzes im römischen, französischen und modernen deutschen Recht und stellt ferner die

schweizerische Gerichtspraxis dar. Hierauf entwickelt er in einem — teilweise zu knappen — dogmatischen Teil seine eigene Ansicht: Das Spezialitätsprinzip ergibt sich nicht aus pfandrechtlichen Bestimmungen. Weder die Akzessorietät noch der (bei der Pfandverwertung sich auswirkende) Hauptinhalt des Pfandrechtes rufen nach einer Spezialisierung der gesicherten Forderung, desgleichen nicht die Formvorschriften, die für die Pfandbestellung gelten. Dagegen folgt das Prinzip aus Art. 27 ZGB. Die gesicherte Forderung muß zum mindesten durch ihren Rechtsgrund bestimmt sein. Wird ein Pfand für sämtliche zukünftigen, aus irgendwelcher *causa* entstehenden Forderungen bestellt, so ist die damit geschaffene Bindung des Pfandeigentümers aus zwei Gründen übermäßig: Sie ist zeitlich unbeschränkt und sachlich in ihrer Tragweite nicht absehbar. Ein gegen Art. 27 verstoßender Pfandbestellungsvertrag ist aber nur teilweise nichtig. Für die Forderung, auf deren Sicherung es den Parteien beim Vertragsschluß ankommt, ist das Pfandrecht gültig begründet.

Dem Verfasser kommt das Verdienst zu, die Diskussion über eine die Praxis interessierende, im Schrifttum relativ wenig beachtete Frage wieder in Fluß gebracht zu haben. Von Bedeutung ist seine Feststellung, daß die Spezialität der gesicherten Forderung kein Prinzip des geltenden Pfandrechts darstellt. Viel zu weit geht aber m. E. die Anrufung von Art. 27 ZGB. Im Bereich des Vermögensrechtes darf eine Bestimmung, welche die persönliche Freiheit schützt, nur als letztes «Sicherheitsventil» dienen. Von einer Verletzung dieser Freiheit kann trotz der Unbestimmtheit der gesicherten Forderung meistens schon deshalb keine Rede sein, weil die Bindung des Pfandeigentümers durch die Bestimmung des Pfandgegenstandes genügend beschränkt ist (bei Grundstücken durch die Umschreibung des Wertes der Pfandstelle; die deutsche Fassung von Art. 794 Abs. 2 ZGB scheint dies geradezu auszudrücken). Sodann trifft es nicht zu, daß ein Pfandrecht für alle zukünftigen Forderungen eine zeitlich unbeschränkte Bindung begründet. Der Pfandnehmer will mit einer solchen Abrede gewöhnlich nur erreichen, daß er das Pfand dann nicht zurückgeben muß, wenn zwar die Forderung oder die Rechtsbeziehung, um derentwillen das Pfandrecht begründet wurde, erloschen, er aber inzwischen aus anderem Grunde Gläubiger geworden ist. Dagegen erstrebt er nicht (wie der Verfasser anzunehmen scheint, S. 150) eine Sicherheit für die selbst in diesem Zeitpunkt noch zukünftigen und nicht aus einer bestimmten Beziehung zu erwartenden Forderungen. Die in Frage stehenden Klauseln der allgemeinen Geschäftsbedin-

gungen der Banken bezwecken somit im Grunde genommen ein vertragliches Retentionsrecht, das dem vom Verfasser erwähnten römisch-rechtlichen *pignus Gordianum* nahe kommt. Erst wenn das Verhältnis dieser Klauseln zu Art. 895 ff. ZGB abgeklärt ist, lassen sich die in der vorliegenden Arbeit behandelten Rechtsfragen abschließend beantworten.

Prof. P. Jäggi, Freiburg

Schmid, Werner: Das feste Grundkapital der Aktiengesellschaft. (Zürcher Beiträge zur Rechtswissenschaft NF. Heft 146.) Diss. Zürich. Aarau 1948 (Sauerländer & Co.). XVIII und 146 S. Fr. 7.—.

Die vorliegende Doktorarbeit über das feste Grundkapital der AG. entstand noch unter der Leitung von Prof. Egger. Sie fügt sich würdig ein in die lange Reihe der vom ehemaligen Zürcher Ordinarius für Privatrecht betreuten Dissertationen (vgl. Festgabe für August Egger, Zürich 1945, S. 403—421).

In einem ersten Teil untersucht der Autor die Aufbringung des Grundkapitals; ein zweiter Teil ist seiner Erhaltung gewidmet. Durch die Gleichbedeutung, die Schmid den beiden Problemkreisen beimißt, ist von vornherein ein origineller Ausgangspunkt gefunden, der die vom Verfasser offenbar angestrebte, zum Teil neuartige Beurteilung der Aktienamortisation und des Erwerbs eigener Aktien durch die Gesellschaft erleichtert.

Im festen Grundkapital liegt ein Wesensmerkmal aller kontinentalen Aktienrechtsordnungen. Das Prinzip des festen Grundkapitals ist als Korrelat zum Fehlen einer persönlichen Haftung der Aktionäre für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft gedacht. Ein Hinweis auf die Verhältnisse im englischen Recht, wo nur der von den Gründern als unbedingt nötig erachtete Teil des Kapitals tatsächlich gezeichnet und auch dann nur zu 5% liberiert werden muß, während das sogenannte «autorisierte Kapital» nur als Antizipation für die Genehmigung späterer Kapitalerhöhungen anzusehen ist, beweist jedoch, daß verschiedene Ansichten über das Wesen der AG. bestehen können. Diese Feststellung gilt ebensosehr für das Problem der Kapitalerhaltung, indem das englische Recht die Ausschüttung von Jahresgewinnen auch dann gestattet, wenn das Grundkapital zufolge früherer Verluste nicht mehr im vollen Umfange vorhanden ist.

Unter den zahlreichen vom Verfasser behandelten Einzelfragen treten die Anfechtung der Aktienzeichnung wegen Willensmängeln, die Aktienamortisation und der Erwerb eigener Aktien durch die Gesellschaft besonders hervor.

Sehr weit geht Schmid mit der Auffassung, daß die Anfechtung der Aktienzeichnung wegen Willensmängeln, die ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes zu beurteilen ist, immer dann zulässig sein soll, wenn über das Grundkapital und die gebundenen Reserven hinaus frei verfügbare Mittel vorhanden sind, oder «wenn durch Kapitalherabsetzung freie Reserven geschaffen werden können» (S. 35). Dies würde zur Folge haben, daß die Anfechtung von Aktienzeichnungen in dem Umfange möglich ist, «als das effektive Reinvermögen den Betrag von 50 000 Fr. übersteigt» (ebenda). Den bisher anerkannten Gesichtspunkt, wonach hier auch die Interessen der Mitaktionäre zu berücksichtigen sind, lehnt Schmid ab, weil sich die Publizität nur an die Gläubiger wende (S. 43). Diese Ansicht geht doch wohl zu weit, da jede Aktienbeteiligung auch unter der stillschweigenden Voraussetzung der vollen Zeichnung des in Aussicht genommenen Grundkapitals erfolgt.

Von besonderem Interesse sind die Darlegungen Schmids über das Wesen der Aktienamortisation, das nach Ansicht des Autors bei Anlaß der Gesetzesrevision verkannt wurde und nicht in der Vernichtung von Mitgliedschaftsrechten — wie die deutsche im Gegensatz zur französischen Lehre annimmt —, sondern an der Rückerstattung von Aktionäreinlagen aus frei verfügbaren Reserven liegt. Die dadurch wegfallende Deckung eines Teiles des Grundkapitals ist durch «freies Vermögen» zu ersetzen und in einem Unterkonto entsprechend zu bilanzieren, so daß nur «eine qualitative», nicht eine «quantitative Veränderung des Grundkapitals» eintreten würde (S. 91). Die Aktienamortisation in diesem Sinne muß deshalb grundsätzlich möglich sein, allerdings immer nur unter voller Wahrung des dem Aktienrecht innewohnenden Prinzips der Gleichbehandlung der Aktionäre. Ausgeschlossen ist unter allen Umständen eine Aktienamortisation durch Rückzahlung von Aktionäreinlagen aus gebundenem Gesellschaftsvermögen.

Mit Recht äußert sich der Verfasser dagegen sehr zurückhaltend hinsichtlich des *Erwerbs eigener Aktien* durch die Gesellschaft, der immer ein mitgliedschaftsrechtliches Moment aufweist und daher nicht als gewöhnlicher Kauf betrachtet werden darf. Wie es das OR in Art. 807, Abs. 2, für die GmbH. ausdrücklich vorsieht, erscheint ein Erwerb eigener Aktien unter den bekannten Voraussetzungen zwar als möglich. Bilanzmäßig müßten aber die erworbenen Aktien, im Gegensatz zur heutigen Übung, «passiviert» werden, da sie für die Gesellschaft keinen Wertzugang bedeuten. Da ein derartiger Aktienerwerb meistens erfolgt, wenn die Gesellschaft nicht besonders gut steht, ist der Wiederverkauf der er-

worbenen Aktien durch die Gesellschaft keineswegs immer gesichert, so daß die bilanzmäßige Aktivierung gleichbedeutend wäre mit der Aktivierung des bloß «autorisierten Kapitals» nach englischem Aktienrecht.

Die Dissertation Schmids ist eine über dem Durchschnitt stehende, reife Arbeit, die das funktionelle Rechtselement gebührend berücksichtigt. Sie ist klar aufgebaut und sehr selbständig gestaltet, was in einer Reihe wertvoller neuer Gesichtspunkte zum Ausdruck kommt. Dies gilt vor allem hinsichtlich der erwähnten Ausführungen des Verfassers über das Wesen der Aktienamortisation und die bilanzmäßige Bedeutung des Erwerbs eigener Aktien.

Prof. W. F. Bürgi, St. Gallen

Stutz, Walter: Die Sicherstellung der Versicherungsansprüche nach schweizerischem Recht. (Abh. zum schweiz. Recht NF. Heft 261.) Bern 1948 (Stämpfli & Co.). 165 S. Fr. 6.—.

Diese interessante Berner Dissertation behandelt einen Fragenkomplex, der, von einem kleinen Kreis von Spezialisten abgesehen, den meisten Juristen wohl ziemlich fern liegt; der Schutz vor einem Versicherungskrach ist in der Schweiz seit dem Zusammenbruch der deutschen Versicherungsgesellschaften in der Inflation nach dem ersten Weltkrieg zum Glück nicht mehr aktuell geworden. Dennoch hat eine gründliche Untersuchung der zum Teil recht verwickelten Fragen schon deshalb praktischen Wert, weil einerseits allein die von der Lebensversicherung zu schaffenden Sicherungsfonds zur Zeit Werte von über 2½ Milliarden Franken, also einen recht beträchtlichen Teil des Volksvermögens, umfassen und andererseits die gesetzliche Regelung durch das Ineinandergreifen des Aufsichtsgesetzes von 1885, des Kautionsgesetzes von 1919, des Sicherstellungsgesetzes von 1930 und der Aufsichtsverordnung von 1931 sowie die verschiedene Behandlung ausländischer und inländischer Gesellschaften, der Lebens- und der Schaden-/Unfallversicherung eine rasche Orientierung nicht erleichtert und auch näherer Betrachtung manche Zweifelsfrage bietet. Von diesem praktischen Bedürfnis nach einer systematischen Darstellung abgesehen, verdienen jedoch die behandelten Regelungen schon deshalb allgemeines Interesse, weil sie neben dem Bankengesetz den bisher wohl umfassendsten und zugleich konkretesten Versuch bilden, rein privatrechtliche Forderungen um ihrer volkswirtschaftlichen und sozialen Bedeutung willen öffentlich-rechtlich sicherzustellen. Deutlich tritt dabei zutage, wie der für die Versicherung sowohl als die moderne Gesellschafts- und Rechtsentwicklung

charakteristische Massenbetrieb, die enge Wirtschaftsgemeinschaft mit den übrigen europäischen Staaten und schließlich auch der Wandel in den sozial- und staatspolitischen Anschauungen fast zwangsläufig in wenigen Jahrzehnten das rechtliche Bild grundlegend geändert haben, vom zunächst für durchaus nicht dringlich erachteten Erlaß eines bloßen Aufsichtsgesetzes über das in erster Linie für die ausländischen Gesellschaften eingreifende Kautionsgesetz bis hin zum Sicherstellungsgesetz mit seiner umfassenden generell vorsorgenden Ordnung durch eine der für die Pfandbriefe geltenden sehr ähnliche Regelung. Besonders eindrücklich ist dabei, wie viele juristisch-technische Probleme und Schwierigkeiten und welch große Belastung der Wirtschafts- und Währungsnationalismus der letzten Jahrzehnte gebracht haben, vor allem aber, in welchem Umfang die Wahrung der privaten Rechte und Interessen auf die administrative Aufsichtsbehörde übergegangen ist, die zum Beispiel bei Nachlaßvertrag und Zwangsvollstreckung in ganz umfassender Weise an Stelle nicht nur der einzelnen Gläubiger, sondern auch der Gläubigergesamtheit tritt. Auch die materiellen Grundgedanken: wenn irgend möglich keine Liquidation, sondern Weiterführung der laufenden Schuldverhältnisse, Möglichkeit der Anordnung von Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen auch ohne Zahlungsschwierigkeiten bei bloß voraussehbarer Gefährdung künftiger Ansprüche, Bestimmung von Art und Verfahren der Verwertung im Einzelfall nach Ermessen der Aufsichtsbehörde, endlich der ganz allgemeine Kaution und Sicherstellung zugrunde liegende Gedanke einer nicht durch private Bestellung von Realsicherheiten, sondern von Gesetzes wegen eintretenden vorzugsweisen Befriedigung einzelner Gläubigergruppen, die in ganz anderem Umfange als die übrigen Konkursprivilegien die Gleichheit der Konkursgläubiger zur bloßen Theorie werden läßt, sind von ganz allgemeinem Interesse. Ebenso verdient zum Beispiel die Umschreibung der fondsfähigen Werte in der Aufsichtsverordnung auch in anderem Zusammenhang, etwa unter dem Gesichtspunkt der Mündelsicherheit, Beachtung. Die sehr reichhaltige und zugleich übersichtliche Darstellung, die zudem an mehr als einer Stelle von feinem Verständnis für die praktischen Bedürfnisse und Möglichkeiten Zeugnis ablegt, darf daher auch der Aufmerksamkeit des der Materie ferner stehenden Juristen durchaus empfohlen werden. PD. Dr. Karl Spiro, Basel

Aargauische Gerichts- und Verwaltungsentscheide. Herausgegeben vom Regierungsrat und vom Obergericht des Kantons Aargau. Aarau (H. R. Sauerländer & Cie.). Br. Fr. 13,–, geb. Fr. 15.–.

Im Kanton Aargau wurden früher die grundsätzlich wichtigen Entscheidungen des Obergerichts jeweils in dessen Jahresberichten abgedruckt. Dort blieben sie jedoch dem Großteil des Recht suchenden Publikums verschlossen. Auch war zufolge mangels an Registern die Orientierung schwierig. So machte sich das Bedürfnis nach einer Zusammenstellung der Gerichtspraxis geltend, und ihm kam erstmals eine von Oberrichter Frid. Schneider im Jahre 1872 besorgte Sammlung entgegen, welche die Entscheidungen aus den Jahren 1845—1871 enthielt. Eine zweite Sammlung (der sogenannte Schneider II) wurde im Jahre 1902 von dem damaligen Oberrichter und späteren Bundesrichter Dr. Albert Ursprung besorgt. Sie enthielt die Entscheidungen aus den Jahren 1872—1897.

Solche Sammlungen veralten jedoch rasch, und das Bedürfnis nach einer periodischen Publikation grundsätzlicher Entscheidungen blieb bestehen. Der im Jahre 1900 ins Obergericht gewählte, im Publikationswesen sehr erfahrene Rechtshistoriker Dr. Walter Merz ergriff daher gleich nach seiner Wahl ins Obergericht die Initiative zur Herausgabe einer regelmäßig erscheinenden Publikation, der sogenannten Vierteljahrsschrift für aargauische Rechtsprechung. Sie erschien vom Jahre 1901 an in insgesamt 46 Bänden, jeweils mit einem Sachregister versehen. Alle vier Jahre wurde ein Gesamtregister erstellt. In der Vierteljahrsschrift fanden Entscheidungen des Obergerichts auf dem Gebiete des Zivilrechts, des Strafrechts, des Prozeßrechts und des Verwaltungsrechts Aufnahme. Auch Urteile des seit 1888 bestehenden Handelsgerichtes sowie des Kriminalgerichtes und später des Versicherungsgerichtes wurden berücksichtigt. Die Publikation leistete dem Recht suchenden Publikum, vor allem aber auch den Gerichten sehr wertvolle Dienste.

Ein ähnliches Bedürfnis nach Kenntnis der wichtigsten grundsätzlichen Entscheidungen machte sich aber auch auf dem Gebiete des Verwaltungsrechtes geltend. Zwar besitzt der Kanton Aargau seit 1841 ein Verwaltungsgericht; als solches amtet eine Abteilung des Obergerichtes. Allein seine Zuständigkeit beruht auf einer längst veralteten Enumeration, von der heute im wesentlichen nur noch die Steuerstreitigkeiten und die Streitigkeiten über den Bürgernutzen in Betracht kommen. Weitaus der größte Teil der verwaltungsrechtlichen Entscheidungen wird vom Regierungsrat bzw. von seinen Direktionen ausgefällt. Wiederholt wurde daher die Anregung gemacht, daß auch solche Präjudizien in die Vierteljahrsschrift aufgenommen werden sollten. Anfänglich stand jedoch der Regierungsrat dieser Anregung ablehnend gegenüber. Wahrscheinlich aus der Befürchtung heraus, daß

durch diese Publikation die Weiterentwicklung der Rechtsprechung in Verwaltungssachen behindert werden möchte. Grundsätzlich wichtige Entscheidungen wurden allerdings seit langem in den jährlichen Rechenschaftsberichten publiziert, blieben aber dort dem weiteren Publikum ebensogut vorenthalten wie früher diejenigen des Obergerichts.

Der 1936 gegründete aargauische Juristenverein, in dessen Vorstand auch höhere Verwaltungsbeamte sitzen, ergriff dann aber 1945 die Initiative für den Ausbau des Publikationswesens, und im Jahre 1947 wurden seine Bestrebungen von Erfolg gekrönt. Damals erschien zum erstenmal die neue Publikation aargauischer Gerichts- und Verwaltungsentscheide. Sie enthält in einem ersten Teil die Urteile und Kreisschreiben des Obergerichts und der übrigen obersten Gerichtsbehörden. Es folgen sodann die Entscheidungen der durch das Steuergesetz vom 5. Februar 1945 neu geschaffenen kantonalen Rekurskommission in Steuersachen. Den dritten Teil bilden die Verwaltungsentscheide. Dem Band ist ein für alle Abteilungen gemeinsames Sachregister beigegeben.

Gleich aufgebaut, nur bedeutend umfangreicher (514 S. gegen 307 S.) ist der Band 1948 der gleichen Publikation.

In beiden Bänden ist die Zahl der publizierten Verwaltungsentscheide verhältnismäßig groß: 1947 waren es deren 71, 1948 sogar 84. Sie betreffen grundsätzliche Fragen aus der Amtstätigkeit fast aller Regierungsdirektionen. Von besonderer Wichtigkeit sind diejenigen aus dem Gebiete des Gemeindewesens, das der Direktion des Innern unterstellt ist, des Wirtschaftswesens, das in den Amtskreis der Polizeidirektion fällt, und sodann namentlich auch des Bauwesens. Auf diesem letztern Gebiet fehlt es heute noch an einem modernen Baugesetz: dasjenige aus dem Jahre 1859 ist veraltet und lückenhaft. Um so mehr ist die wertvolle Orientierung zu begrüßen, welche den Gemeindebehörden und den Privaten durch die Veröffentlichung zahlreicher grundsätzlicher Entscheidungen geboten wird.

Die vorliegende Publikation verdient es, auch außerhalb des Kantons beachtet zu werden. Bei aller Verschiedenheit des kantonalen Verwaltungsrechtes muß doch gesagt werden, daß sozusagen überall die zu lösenden Fragen die nämlichen sind, so daß es stets interessant ist, zu sehen, wie man in einem bestimmten Kanton versucht hat, die sich stellenden Probleme zu lösen.

a.Oberrichter Prof. E. Steiner, Aarau

Deschenaux, Henri: La distinction du fait et du droit dans les procédures de recours au Tribunal fédéral. Fribourg/Suisse 1948 (Librairie de l'Université). Fr. 6.50.

Im Jahr 1874 wurde bei der Ausgestaltung der Berufung ans Bundesgericht der Satz aufgestellt: «Das Bundesgericht hat seinem Urteile den von den kantonalen Gerichten festgestellten Tatbestand zugrunde zu legen.» Es geschah, weil man den heute kaum mehr vorstellbaren Unsicherheiten und Verschiedenheiten der kantonalen Beweisrechte Rechnung tragen mußte und keineswegs in der Auffassung, daß diese Abgrenzung durch den verfassungsrechtlichen Vorbehalt zugunsten der Kantone geboten sei. Gewiß hat aber damals niemand vorausgesehen, daß in der anscheinend so klaren Formel von der Trennung von Tat- und Rechtsfragen ein Problem liege, das sich durch die Jahrzehnte hin in immer neuen Formen stellen und, zum mindesten in den Einzelheiten, zu neuen Lösungen führen werde. Eine Arbeit, die es unternimmt, den Wandlungen der bundesgerichtlichen Rechtsprechung mit kritischem Blick zu folgen, kann darum auch auf das besondere Interesse der Praktiker rechnen. Dabei muß es sich zum großen Vorteil auswirken, wenn der Verfasser durch seine Berufsarbeit mitten in diese Probleme hineingestellt ist und sie miterlebt, wie dies bei der anzuzeigenden Arbeit von Deschenaux der Fall ist. Es wäre freilich interessant, den Blick auch auf andere oberste Gerichte zu richten, die mit ähnlichen Problemen ringen. (Vgl. etwa die 1947 erschienene Dissertation von Ernst Wunderli über die Trennung von Tat- und Rechtsfragen bei den zivilrechtlichen Rechtsmitteln oberster Instanz im französischen und deutschen Recht.) In dieser streng festgehaltenen Beschränkung auf die Rechtsprechung des Bundesgerichts leistet indessen die Arbeit Vorzügliches. In einer Einführung werden die leitenden Grundbegriffe: Tatsache, Rechtsregel und richterliche Subsumtion (qualification) entwickelt. Im ersten Kapitel wird die Souveränität des kantonalen Richters und ihre Grenzen dargestellt. Im zweiten Kapitel, betitelt: die Rechtsfrage, folgt die Analyse der richterlichen Rechtsanwendung mit besonderer Prüfung von Ortsgebrauch und Erfahrungssätzen. Besonders heikle Fragen entstehen dabei im Zusammenhang mit dem in unseren Gesetzen so stark ausgebildeten richterlichen Ermessen, dessen verschiedene Erscheinungsweisen klar analysiert werden. Hindernisse anderer Art treten auf bei Überprüfung von Urteilen der Schwurgerichte, oder wo der kantonale Tatbestand Lücken aufweist, die nicht immer auf dem Wege der bewußt sparsam angewendeten Rückweisung behoben werden können. Interessant sind auch die Hinweise darauf, daß sich das Bundesgericht auch aus rechtspolitischen Gründen öfters Zurückhaltung auferlegt, zum Beispiel durch Übernahme der Motive der Vorinstanz.

Das klassische Kampfgebiet aber bildet die Abgrenzung von Tat- und Rechtsfragen im Gebiete der Rechtsgeschäfte, dem das letzte Kapitel gewidmet ist. Nicht weniger als vier oder fünf Stadien der bundesgerichtlichen Rechtsprechung werden unterschieden. Ausgehend von der ursprünglichen Auffassung, die in der Feststellung des Parteiwillens eine das Bundesgericht bindende Tatsache sah, über die berühmte Änderung der Praxis im Jahre 1900, die in der Deutung der Parteierklärungen eine Rechtsfrage erkannte und damit die Prüfungstätigkeit des Bundesgerichts beträchtlich ausweitete, gelangt der Verfasser zu den Entscheidungen aus neuester Zeit, die zum Teil eher rückwärts revidierten oder feine Nuancierungen aufstellten. Aus den beachtenswerten kritischen Bemerkungen über diese letzten Phasen wird sichtbar, daß wohl über Einzelheiten noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. — Das subtile Thema könnte zu allerhand Spekulationen verleiten. Das passiert freilich dem Verfasser nicht. Man freut sich über die Klarheit und Eleganz des Ausdrucks. Es steht in den 90 Seiten wohl kein Wort zuviel. Die Schrift ist in einer Sammlung von Arbeiten aus dem juristischen Seminar der Universität Freiburg, die unter Leitung von Max Gutzwiller in Verbindung mit anderen Professoren der Universität Freiburg herausgegeben wird.

Hans Fritzsche

Stein-Jonas: Kommentar zur (deutschen) Zivilprozeßordnung. 17., neu bearbeitete Auflage von Adolf Schönke (Verlag J. C. B. Mohr [Paul Siebeck], Tübingen). 1. Lieferung (Bogen 1—20). Subskriptionspreis DM. 16.—.

Die Nachricht vom Wiedererscheinen dieses führenden Kommentars zur deutschen Zivilprozeßordnung wird auch vielen schweizerischen Juristen sehr willkommen sein. Ist es doch überaus schwer, sich vom Ausland her ein einigermaßen klares Bild von den derzeitigen Rechtszuständen zu verschaffen. In diesem Sinne wird man schon über die Zusammenfassung der zahlreichen Novellen zur Zivilprozeßordnung von 1877, namentlich über die seit dem 1. Weltkrieg erfolgten, sehr froh sein. Auch über die Übersicht über die Entwicklung seit 1945 in den verschiedenen Besetzungszonen, soweit sich eine solche mit einiger Sicherheit gewinnen läßt. Der Name des Herausgebers, Professor Adolf Schönke in Freiburg, der in den letzten Jahren mit einer ganzen Reihe umfangreicher Veröffentlichungen aus dem Straf- und Zivilprozeßrecht hervorgetreten ist, bürgt für eine würdige Lösung der großen Aufgabe. Es ist schwierig, einen Kommentar anzuzeigen. Er will Helfer in den vom Tage geschaffenen Schwie-

rigkeiten der Rechtsanwendung sein. In solchen nicht voraussehbaren Lagen muß sich sein Wert erweisen. Darüber können die Stichproben, die ein Rezensent machen kann, kein abschließendes Urteil ermöglichen. Zwei Dinge aber treten schon in dieser ersten Lieferung (§§ 1—81 CPO) klar hervor. Zunächst die Absage an die vielfach rein doktrinären Streitigkeiten, in denen bisher so viel Kraft verschwendet und so oft über die praktischen Probleme des Rechtsschutzes weggesehen wurde. Es sei hier namentlich auf die Darlegungen über den Zweck des Zivilprozesses verwiesen (S. 14 der Einleitung), insbesondere auf die Preisgabe des Rechtsschutzanspruchs im Sinne des Anspruchs einer Partei gegen den Staat auf den ihrer Rechtslage günstigen Rechtsschutz. Zustimmend wird auf BGE 67 II 74 hingewiesen, wo es als doktrinäre Überspannung bezeichnet wird, den Rechtsschutzanspruch als Gegenstand des Prozesses anzusehen. «Der Gedanke des Rechtsschutzes ist ein wesentliches Element für die Bestimmung des Prozeßzwecks. Die Formung dieses Gedankens zu einem Anspruch gegen den Staat, die Subsumtion unter den Anspruchsbegriff ist aber unrichtig, zum mindesten nicht förderlich. Auch in diesem Kommentar ist diese Lehre immer mehr in den Hintergrund getreten. Auch wissenschaftlich ist die Lehre vom Rechtsschutzanspruch im ganzen gesehen unergiebig; sie hat aber die Wissenschaft um den Begriff des Rechtsschutzbedürfnisses bereichert und stellt insofern einen ‚fruchtbaren Irrtum' dar.»

In zweiter Linie ist mit höchster Anerkennung das Bestreben hervorzuheben, auch mit ausländischer Wissenschaft Fühlung zu halten. Man findet ein wertvolles Verzeichnis über ausländische Literatur zum Zivilprozeßrecht. Das ist sicher der beste Weg, um abgerissene Beziehungen wieder anzuknüpfen.

Hans Fritzsche

Perret, Dr. **Ch.**, und **Grosheintz**, Dr. **P.: Kommentar zur eidgenössischen Wehrsteuer.** Nachtrag 1949 von Dr. Ch. Perret. (Polygraphischer Verlag). 80 S., brosch. Fr. 6.—.

Der Kommentar Perret-Grosheintz zur eidgenössischen Wehrsteuer ist für den Praktiker ein unentbehrliches Hilfsmittel geworden. Seit dem Erscheinen des Kommentars ist jedoch der Wehrsteuerbeschluß nicht weniger als fünfmal geändert worden. Außerdem sind ein Sonderzuschlag zur Wehrsteuer eingeführt und besondere Vorschriften über die Behandlung der sogenannten Pflichtlager erlassen worden. Schließlich hat das Eidgenössische Finanz- und Zolldepartement in einer Reihe von «Verfügungen» Durchführungsfragen behandelt (so über die Pauschal-

lierung der Wehrsteuer, über die Nachlaßinventur, über die Bewertung der Grundstücke sowie über die Fälligkeitstermine, die Verzinsung und die Stundung von Wehrsteuerbeträgen).

Der Nachtrag zum Kommentar hebt in einem ersten Teil die Änderungen hervor, die die einzelnen Bestimmungen des Wehrsteuerbeschlusses erfahren haben, gibt gleichzeitig den nötigen Kommentar hiezu und ergänzt den Kommentar zu den unverändert gebliebenen Artikeln, soweit die neuere Praxis dies als notwendig erscheinen läßt.

In einem zweiten Teil ist der Bundesratsbeschluß über den Sonderzuschlag zur Wehrsteuer abgedruckt und kurz erläutert, in einem dritten Teil der Bundesratsbeschluß über die Behandlung von Pflichtlagern bei der eidgenössischen Wehrsteuer.

Der vierte Teil enthält die erwähnten Verfügungen des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartementes und der fünfte die jetzt geltenden Einkommenssteuertarife mit der Angabe des Sonderzuschlages, wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß sich die ausgerechnete Totalbelastung um die für das Jahr 1949 geschuldete Ergänzungssteuer vom Vermögen reduziert.

Der Nachtrag ist eine willkommene Ergänzung des Kommentars, der jetzt wieder dem neuesten Stand von Gesetzgebung und Praxis entspricht. Es wäre indessen zu wünschen gewesen, daß mindestens dem Nachtrag ein alphabetisches Sachregister angefügt worden wäre. Noch bessere Dienste hätte ein neues Sachregister zum ganzen Kommentar mit Einschluß des Nachtrages geleistet.

Dr. W. Studer, Basel

Molitor, Ernst: Grundzüge der neueren Verfassungsgeschichte. Karlsruhe 1948 (C. F. Müller). 131 S. DM. 5.80.

«Dieser Versuch», sagt der Verfasser im Vorwort, «der in dem vergangenen Jahrzehnt nur vor einem kleinen Kreis von Hörern mündlich vorgetragen werden konnte, wird hiermit trotz all des Problematischen, das notwendig einem solchen Versuch noch anhaftet, einer größeren Öffentlichkeit vorgelegt, weil die Not der Zeit und der Mangel an akademischen Lehrmitteln das zu fordern scheint. Die Not der Zeit zwang freilich auch zu knappester Fassung und zum Verzicht auf alle ausführlicheren Schrifttumsangaben, die heute doch in den wenigsten Fällen nachgeschlagen werden können.»

Dem dringenden Bedürfnis nach einem Lehrmittel, das dem Studenten einen Überblick bietet, mag dieser Grundriß fürs erste wohl genügen.

Seine erste Besonderheit besteht in der Einbeziehung der Geschichte der wichtigsten außerdeutschen Länder, nämlich Frankreichs, Englands und Nordamerikas. Diese Ausweitung des Gesichtsfeldes im akademischen Unterricht ist ein Vorzug. Sie sollte sich, ganz abgesehen von jeder politischen Einstellung und von wissenschaftlichen Erfordernissen der Rechtsvergleichung, aus der Erfassung der Sachzusammenhänge von selbst ergeben, sind doch die stärksten Impulse zu Verfassungswandlungen auch innerhalb Deutschlands von den Staatslehren und von den Umgestaltungen und Neubildungen im Staatsleben der Völker Westeuropas und Nordamerikas ausgegangen. Molitor stellt fest, daß der Anteil des deutschen Denkens an der Verfassungsentwicklung der Neuzeit verhältnismäßig gering sei. Ob seine Erklärung dafür aus der Tatsache, daß sich die Pressefreiheit in Deutschland sehr spät durchgesetzt habe und daß sich infolgedessen vorher eine starke öffentliche Meinung nicht habe bilden können, richtig und ausreichend ist, kann allerdings bezweifelt werden.

Der knappe Grundriß ist stoffreich. Sein Inhalt erstreckt sich auch auf die wichtigsten Staatstheorien vom Mittelalter an. Darin liegt seine zweite, an sich durchaus positiv zu wertende Besonderheit. Wenn Molitor sagt, daß jede Rechtsgeschichte notwendig Geistesgeschichte sei, kann ihm darin beigepflichtet werden. Aber auch er selber ist sich bewußt, daß darin ein Programm liegt, welches seine Arbeit einstweilen nur unvollkommen zu erfüllen vermag. Dies zeigt vielleicht am auffallendsten gerade das erste Kapitel «Das mittelalterliche Erbe». Dafür hätten die Ergebnisse geistesgeschichtlicher Forschungen vorgelegen, die es möglich gemacht hätten, dem Ziele näher zu kommen.

Aber es wäre ungerecht, Anforderungen zu stellen, die dem Zweck und der Anlage eines solchen Grundrisses nicht angemessen sind. Dagegen dürfte verlangt werden, daß die Darstellung klar, präzis und zuverlässig ist. Im allgemeinen entspricht dem die Arbeit Molitors wohl auch, namentlich in den — mit Recht — am ausführlichsten gehaltenen Abschnitten über die deutsche Verfassungsentwicklung. Aber selbst da hat das Bestreben, auf engstem Raum möglichst viel zu sagen, nicht nur zu zahlreichen sprachlichen Mängeln geführt, sondern auch die sachliche Klarheit beeinträchtigt. Nur beispielsweise seien als unklar die Ausführungen genannt, mit welchen die Auffassungen von Rudolf von Gneist und von Otto Bähr einander in ihrem Verhältnis zum englischen Vorbild einerseits, zum französischen anderseits und in ihrem Einfluß auf die Ausbildung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland gegenübergestellt werden (S. 86 f.).

Die Darstellung und Würdigung grundlegender Staatstheorien läßt mitunter die erforderliche Eindringlichkeit der Analyse vermissen und infolgedessen unrichtige Deutungen aufkommen, so zum Beispiel wenn S. 57 Rousseau als Vertreter der Forderung nach einer rechtsstaatlichen Organisation des Staates hingestellt wird. Das ist nur möglich, wenn dem Begriff Rechtsstaat ein ganz anderer Sinn gegeben wird als der, welchen er sonst in der Staatslehre hat.

Höchst unzuverlässig ist die Sachdarstellung in den Bemerkungen Molitors zur schweizerischen Bundesverfassung, S. 124 f. Diese soll «nach der konservativ-reaktionären Mediationsverfassung» zustande gekommen sein. Dies stimmt nicht und steht auch im Widerspruch zu den Ausführungen des Verfassers auf S. 95, wo bloß eine falsche Jahreszahl steht, was nicht viel zu bedeuten hat. Sodann wird gesagt, der Bundesrat stehe «unter dem Vorsitz des gleichfalls von ihm gewählten Bundespräsidenten». Das ist unrichtig, findet sich übrigens in gleicher Formulierung in der knappen Übersicht von Gmelin, Ausländisches Staatsrecht, 2. Teil, S. 8, in der Enzyklopädie von Kohlrausch und Kaskel. Die charakteristische Einrichtung der direkten Demokratie in der schweizerischen Eidgenossenschaft wird darin gesehen, «daß Gesetze auch durch Volksinitiative vorgeschlagen werden können». Eine Gesetzesinitiative des Volkes gibt es im Bunde nicht, sondern nur eine Verfassungsinitiative. Endlich heißt es bei Molitor: «Sehr unübersichtlich ist die Abgrenzung der Bundeszuständigkeit von der der Kantone, die nur in unmittelbar nachbarrechtlichen Fragen auswärtige Verträge abschließen können.» An der Befugnis der Kantone, Verträge über Gegenstände der Staatswirtschaft, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei mit dem Ausland abzuschließen (Art. 9 BV), liegt es wahrlich nicht, wenn die Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Kantonen unübersichtlich ist.

An diesen Unzulänglichkeiten, die wohl darauf zurückzuführen sind, daß der Verfasser weder die Quelle selber, nämlich die schweizerische Bundesverfassung, noch eine maßgebende Darstellung unseres Bundesstaatsrechts benutzt hat, kann sicher nicht der Schluß gezogen werden, daß er auch in der Darstellung der übrigen ausländischen Verfassungen, die für ihn viel mehr im Mittelpunkt des Interesses standen, gleich verfahren wäre. Aber sicher ist es am Platze, die Erwartung auszusprechen, daß für eine zweite Auflage, die wohl bald nötig sein wird, Stoff und Text gründlich durchgearbeitet werden. Auch die Schlußbetrachtung wird einer Revision bedürfen. In ihr hat der Verfasser mit dem Hinweis auf Sowjetrußland der Meinung Ausdruck gegeben,

daß die Staatsverfassung durch die Wirtschaftsverfassung verdrängt werde und die Frage der staatlichen Verfassungsbildung heute vielleicht bereits der Geschichte angehöre. Wenn dem auch ein richtiger Gedanke zugrunde liegen könnte, müßte doch auf jeden Fall klar gesagt sein, was da unter Verfassung verstanden wird, kann damit doch nur etwas ganz anderes gemeint sein als mit dem Begriff der Verfassung im verfassungsgeschichtlichen Sinn, von dem in der Einleitung die Rede ist.

Peter Liver

Peters, Hans: Problematik der deutschen Demokratie. Zürich 1948 (Origo-Verlag, Kirchgasse 3). 107 S. in Kleinformat. Geb. Fr. 3.80.

Die allgemeine Problematik der Demokratie in ihrer Vielgestaltigkeit wird hier überzeugend dargelegt. In eindrucksvoller Weise zeigt der Verfasser, mit welcher Schwere sie auf dem politischen Leben Deutschlands im besonderen lastet. Hier sind die Voraussetzungen demokratischer Gestaltung ungünstig und die Schwierigkeiten ihrer Verbesserung außerordentlich. Darauf muß Rücksicht genommen werden, indem die neuen Verfassungseinrichtungen auf die besonderen deutschen Verhältnisse zugeschnitten werden. Es gibt nicht einen einheitlichen Typus demokratischer Verfassung, welcher einfach übernommen werden könnte. Nie darf sodann vergessen werden, daß eine Demokratie ohne Demokraten unmöglich ist und daß es ein Irrtum ist, eine Demokratie bloß aus formalen Elementen aufbauen zu wollen. Die Demokratie hat ihre eigene Ethik, deren allmähliche Durchsetzung von grundlegender Bedeutung ist.

Die grundsätzliche Betrachtung ist mit umsichtiger Erörterung von Einzelfragen zu einer lebendigen und immer interessanten, anregenden und aufschlußreichen Darstellung verbunden, die auch durch die vorsichtige Zurückhaltung in der politischen Stellungsnahme sympathisch berührt. Sie verrät den Verfasser als bewährten Vertreter der deutschen wissenschaftlichen Staatslehre. Es ist vermutlich der Inhaber des Lehrstuhles für Verwaltungsrecht an der Universität Berlin. Seine Ausführungen verdienen nicht nur unter dem Gesichtspunkt der sogenannten deutschen Frage Beachtung, sondern sind durchaus von allgemeinem Interesse. «Wer selbst von Kindheit an in einem Lande gelebt hat, in dem die Demokratie heimisch ist, dem ist alles selbstverständlich; er vermag daher die sich auftuende Problematik in denjenigen Staaten kaum zu sehen, in denen die innere Aufnahmebereitschaft für die Demokratie noch fehlt und in denen viele, allzu viele nur rational, nicht selten mit hämischem

Spotte die Mängel der Demokratie aufzuzeigen suchen und den vorab zu erfüllenden moralischen Voraussetzungen noch fremd gegenüberstehen» (S. 69/70). Die Schrift Peters läßt aber auch uns wieder einmal zum Bewußtsein kommen, welche Gefahr darin liegt, daß uns alles selbstverständlich ist. Sie hat auch uns für unsere eigene Problematik der Demokratie manches zu sagen, um so mehr als der Verfasser mit unseren staatlichen und politischen Einrichtungen vertraut ist, worauf auch schon seine Literaturauswahl hinweist. Peter Liver

Ochsner, Dr. jur. **Richard: Der Transit von Personen und Gütern durch ein neutrales Land im Falle des Landkrieges.** (Heft 13 der Sammlung «Zürcher Studien zum internationalen Recht».) Zürich 1948 (Polygraphischer Verlag AG.). 215 S. Fr. 9.—.

L'auteur de ce très intéressant ouvrage adopte, pour examiner un problème complexe, un plan simple et solide. Celui-ci s'impose à l'esprit jusque dans ses subdivisions. Il est entièrement contenu dans le titre qui circonscrit exactement la matière. Une introduction générale détermine la notion de la neutralité et en expose les conceptions les plus récentes. Chacun des grands chapitres théoriques, sur le transit en cas de guerre des personnes et celui des biens à travers le territoire d'un Etat neutre, est suivi de l'examen de cas concrets, choisis parmi les plus suggestifs et tirés principalement des deux récents conflits mondiaux.

Ce livre est une thèse présentée à la Faculté de droit de Zurich. Il paraît dans l'utile collection des contributions de la grande Université suisse allemande à l'étude du droit international. Il bénéficie d'une présentation agréable. L'impression de l'ensemble du texte en un seul caractère typographique, avec cependant, pour certaines parties secondaires des interlignes réduits, donc un texte plus serré, est un détail qui mérite d'être relevé.

Ochsner donne une bibliographie d'une centaine d'ouvrages. On l'aurait voulue plus complète et peut-être plus précise: de Bustamante y Sirven (dont le traité est cité d'ailleurs dans la version française) n'est pas l'unique spécialiste du droit international de langue espagnole dont l'avis vaut d'être consulté; nombreux sont aussi les juristes anglo-saxons, notamment les universitaires américains, qu'il y aurait eu profit à signaler. Les indications bibliographiques enfin, pour être utiles, doivent être plus minutieuses et porter toujours tout au moins l'initiale, sinon le prénom complet, de l'auteur que l'on cite.

Le français, langue diplomatique par excellence au cours de siècles, tend de nos jours à être de plus en plus supplanté par

l'anglais, plus souple, plus synthétique prétend-on aussi, et d'ailleurs plus répandu parmi les populations des grandes puissances. On peut et, à notre sens, on doit déplorer cette évolution. Quant à l'allemand — et l'ouvrage d'Ochsner est une occasion de le constater une fois de plus —, il se prête mal à la rédaction de textes internationaux. On ne peut se défendre en général et dans cette étude en particulier, d'une impression de lourdeur, d'excessive surcharge de la phrase, de recours à des abstractions commodes mais nuisant parfois à la précision et à la clarté.

Le mot qui frappe dans le titre de l'ouvrage est «transit». Il évoque des notions douanières. Il s'agit pourtant d'une pure question de droit international public. Sous ce rapport, Ochsner a eu raison de laisser entièrement de côté l'aspect douanier de son sujet. On peut, toutefois, se demander, s'il n'y aurait pas eu quelque intérêt, se plaçant sur le terrain national, de consacrer un peu de place aux considérations proprement douanières qui se rapportent directement au statut de la neutralité, qui, lui, relève, par essence du droit international. Car il y a eu toute une pratique en la matière. Des règles précises ont été élaborées, observées et ont contribué, dans la mise à exécution des principes du droit des gens, à apporter par leur souplesse des solutions satisfaisantes. Des informations à ce sujet, il est vrai en partie confidentielles, existent; elles ont été publiées; elles n'auraient pas été refusées à un candidat au doctorat en droit. Une étude et une synthèse de ces règles auraient permis à Ochsner de serrer de plus les faits; elles auraient engagé le juriste à pondérer ses vues et à les adapter à la pratique; elles auraient montré l'importance du réseau ferroviaire suisse, seul intact au sein d'une Europe progressivement dévastée; elles auraient permis de préciser la surveillance du transit en temps de paix et de guerre et d'en mesurer la portée. Elles auraient fait apparaître comment et pourquoi, malgré l'absence de toute obligation de dépister le matériel de guerre, de sérieux contrôles ont été fréquemment entrepris. L'évolution de l'attitude des douanes fédérales en ce qui concerne le transit du matériel de guerre, la solution pratique de cas douteux, les cas de marchandises refoulées, l'analyse des restrictions de transit auraient aidé à poser le problème dans ses vrais termes, ceux des besoins économiques réels, tant des neutres que des belligérants, et auraient nuancé l'opinion de l'auteur.

Celui-ci s'est attaqué, de fait, à l'un des aspects les plus importants de la neutralité qui se ramène, en somme, à tracer une démarcation entre les droits et les devoirs de l'Etat qui ne prend pas part au conflit armé. Tout en rapportant longuement les

principaux cas historiques de transit, Ochsner en juge en juriste trop respectueux des textes. Il veille à ne pas s'écarter des solutions reçues, consacrées, traditionnelles. Loin d'exiger des vues originales à tout prix, on aurait souhaité des développements et des conclusions personnelles. En cette matière, dont la revision doit être suivie de l'établissement de nouvelles règles sur des bases plus solides si possible que jusqu'à aujourd'hui, on ne peut se contenter d'une compilation des principaux auteurs, si abondante soit-elle. Une simple mise au point du problème de la neutralité — telle que celle des premiers chapitres — ne suffit pas.

Ochsner signale les concepts nombreux, venus à jour notamment durant la récente conflagration armée: «guerre totale», «guerre économique», «neutralité armée». Mais il en constate l'existence, les qualifie de notions politiques, sans tirer d'autre conclusion que la suivante: les anciennes règles de la neutralité doivent suffire. C'est une opinion conformiste que nous ne tenons pas pour prouvée par son ouvrage. Il aurait précisément fallu démontrer que ces notions n'influent pas sur la neutralité telle qu'elle apparaît au lendemain de la guerre. Des investigations plus hardies, tenant compte des exigences des puissances belligérantes et cherchant un terrain de conciliation entre les divers intérêts en présence auraient amené à élaborer la théorie d'une neutralité, non moins ferme, mais plus adéquate à la leçon des événements.

Le droit international public est, sans doute, la branche la plus mouvante du droit. Non seulement parce qu'il repose sur la coutume, mais parce que, par la force des choses, il change à chaque conflit. Droit essentiellement vivant, il évolue aussi, quoique de façon plus lente, sous l'effet des relations, même pacifiques, entre les Etats. Les règles de la neutralité sont, à la vérité, écrites et notamment celles qui visent le droit de passage des personnes et des biens. Sont-elles pour autant respectées? Les cas pratiques que cite Ochsner prouvent le contraire. Les violations, les tentatives de violations ou simplement les litiges susceptibles de surgir prouvent que les règles ne sont unanimement acceptées. On doit se rendre à cette évidence et, en premier lieu dans l'intérêt des neutres, chercher à preciser ce statut international exceptionnel. Il ne faut pas en juger du seul point de vue de ceux qui restent hors du conflit, mais justement prendre en considération celui des belligérants. La neutralité n'implique pas seulement des droits et des avantages, mais encore des devoirs et des inconvénients; on ne peut profiter de ceux-là sans pâtir de ceux-ci. Parce qu'il y a des Etats — et la Suisse en est un — pour qui la neutralité est traditionnelle et — ce qui est

plus important — essentielle, on ne peut se refuser à voir que ce statut est souvent critiqué par les belligérants et qu'il doit être revisé. On ne peut écarter, par exemple, la suggestion d'introduire en matière de transit des biens, la notion du «courant normal» proposée par quelques auteurs comme mesure du trafic autorisé. Les surprenants progrès techniques de la guerre, en en augmentant les ravages, créent de nouveaux devoirs pour les neutres. Ils donnent naissance à une zone de devoirs moraux, plus stricte que jusqu'à présent et qu'il faut codifier pour en faire des règles juridiques. Il faut éviter les reproches des belligérants. Il n'est plus prudent de penser: «le neutre reste hors du conflit, il a droit aussi à l'intégrité économique.» En comparaison de ceux des belligérants, ses sacrifices et ses souffrances sont minimes. Il paraît choquant qu'il puisse, de par sa simple qualité de neutre, continuer à entretenir ou même accroître ses échanges commerciaux, et tirer ainsi indirectement profit de la guerre. L'accroissement des possibilités militaires de destruction engendre de nouvelles obligations à charge de la neutralité, qu'il importe d'énoncer au plus vite si l'on veut que reste vraie au profit des neutres la maxime *pacta sunt servanda*. La seule façon de sauvegarder la neutralité, dans un prochain conflit, est de la rendre plus stricte, de lui imposer de nouveaux devoirs; de sorte qu'elle échappe à la critique de n'être qu'une embuscade. Telles sont les réflexions générales que suggère, *a contrario*, l'essai d'Ochsner, dont les déductions de détail pourraient être reprises sur plus d'un point.

Cet exposé cependant consciencieux — trop souvent confrontation appliquée des doctrines courantes — aurait pu s'engager dans cette voie de la recherche de solutions nouvelles propres à garantir la neutralité future. Il n'en est rien. Ochsner se contente de plaider la cause des neutres. Il rappelle des principes valables depuis des siècles sans se demander si la nature et l'intensité même des conflits armés contemporains n'ont pas pour conséquence un véritable danger d'appliquer ces règles désuètes. Aucun bien assurément n'est plus précieux que la neutralité et l'intégrité territoriale; il eût fallu éprouver la solidité pour l'avenir de leur armature juridique, tout spécialement en matière de droit de transit qui — l'expérience l'a prouvé — fait surgir si souvent des difficultés internationales.

Il n'en reste pas moins que cet ouvrage aborde de nombreux sujets qui ont préoccupé le grand public et qui, dès lors, n'intéressent pas les seuls juristes, tels l'exportation des armes, le transit des grands blessés, le passage des Anglais à travers la Suisse, les survols de notre pays au cours de la guerre, les vacances des

permissionnaires américains, etc. De sorte que c'est la partie anecdotique de ce livre qui est, somme toute, la plus attrayante.

Reconnaissons, qu'une synthèse différente des lois de la neutralité aurait été difficile. Trop tôt paru après la fin du conflit, cet ouvrage n'a pu que rapporter les expériences faites. L'auteur n'a pas voulu s'engager dans la voie aventureuse — mais combien méritoire — d'un essai sur les règles futures. Il n'a pu, d'autre part, tenir compte de la revision des conventions de la Croix-Rouge, ni non plus, dans l'énumération des accords internationaux destinés à faciliter le transit, des projets de conventions sur le transport des marchandises par route récemment établis sous l'égide de l'UNO et au sujet desquels un accord provisoire d'application a été signé par six Etats le 16 juin 1949.

On doute que l'avenir de la question du transit des personnes et des biens puisse consister dans le maintien des règles actuelles. Ochsner, désireux d'en faire bénéficier les neutres, arrondit les angles et se satisfait de solutions traditionnelles et moyennes. Dans la pratique, les questions se posent avec davantage d'acuité. Sa méthode est-elle, dès lors, la bonne?

PD. Dr Paul Ossipow, Genève

Guggenheim, Paul: Lehrbuch des Völkerrechts unter Berücksichtigung der internationalen und schweizerischen Praxis. Band I (Lieferungen 1—3). Basel 1947 und 1948. (Verlag für Recht und Gesellschaft AG.). XXXIX und 508 S. Geb. Fr. 60.—.

Dans l'énumération des principaux ouvrages d'ensemble du droit international public que Paul Guggenheim fait figurer en tête du premier volume de son *Lehrbuch des Völkerrechts*, l'auteur mentionne sous la rubrique «Littérature suisse»: Vattel, Bluntschli, Rivier, von Waldkirch. Pour être brève, la liste n'en est pas moins complète, malgré les deux siècles de vie juridique qu'elle embrasse, tant il est vrai que le génie suisse s'est manifesté, dans cette discipline du droit, essentiellement sous la forme d'études ayant le caractère de monographies plutôt que de traités généraux. C'est en revanche cette dernière catégorie d'œuvres scientifiques que vient enrichir d'une manière magistrale l'ouvrage en cours de parution de Paul Guggenheim, professeur à l'Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales de Genève, et l'auteur s'ajoute, pour y faire honneur, à un groupe de noms dont la valeur et la réputation compensent largement le petit nombre.

Avant même d'avoir eu entre les mains la première livraison de l'ouvrage, quiconque connaissait la pensée de Paul Guggenheim, soit qu'il ait lu ses ouvrages antérieurs, suivi son enseigne-

ment, ou ait été de quelque autre manière en contact avec lui, ne pouvait douter de l'intérêt majeur que présenterait sans aucune doute un traité de droit international public conçu et écrit par lui. C'était en effet l'annonce du premier ouvrage d'ensemble publié par un positiviste pleinement nourri à l'objectivisme juridique de Kelsen et tenant rigoureux du normativisme de ce grand savant. L'auteur estime bon d'en avertir dans sa préface ceux qui pourraient encore ne pas le savoir: «Meine Arbeit... fühlt sich der Reinen Rechtslehre Hans Kelsens verpflichtet...». Le premier chapitre du *Lehrbuch* nous offre donc l'exposé d'un système juridique complet, sans lacune, qui fait reposer la validité du droit international sur la norme hypothétique fondamentale, laquelle pose le fondement de la coutume générale et plus particulièrement de la règle «pacta sunt servanda». Le deuxième chapitre, consacré au problème des relations entre le droit des gens et le droit interne, complète la construction en affirmant la réalité positive du monisme avec primauté du droit international. Vouloir résumer un exposé aussi concis et aussi dense à la fois que l'est celui de la pensée de Paul Guggenheim serait récrire le *Lehrbuch*. Aussi suffisait-il de mentionner ce trait essentiel. Qu'on sache seulement que l'application rigoureuse de cette position de principe à tous les aspects du droit international qu'embrasse un ouvrage général permet d'en révéler les incidences et les conséquences dans chaque cas particulier, ce qui ne laisse pas de donner à l'ensemble de l'ouvrage une valeur que nous n'hésiterons pas à qualifier d'unique.

La logique juridique pure de l'auteur devait nécessairement amener celui-ci à réexaminer la systématique du droit des gens, pour enserrer la matière de cette discipline dans des formes soigneusement choisies et classées. Là n'est pas le moindre intérêt des trois livraisons dont nous disposons déjà. Toute la substance du droit international a été littéralement repensée, et Paul Guggenheim présente à ce point de vue une œuvre entièrement nouvelle. La littérature générale du droit des gens est une matière s'il en est où la compilation savante est à l'honneur; l'effort de renouvellement porte le plus souvent sur de simples questions de terminologie, les mots différents recouvrant les mêmes concepts. Au contraire, l'auteur s'est éloigné ici des chemins battus, pour adopter une systématique rigoureuse correspondant à la logique de sa pensée. Le résultat étonne parfois, à première vue. On rencontre au cours de la lecture des éléments qu'on n'est pas accoutumé à voir figurer dans les traités de droit international. Mais l'ensemble de la construction répond à un souci de logique et de précision qui entraîne bientôt l'adhésion.

On est bien loin de la division tripartite classique de la matière du droit des gens: les personnes (ou sujets), les biens (ou objets) et les relations (cette dernière partie englobant ou n'englobant pas formellement, selon les auteurs, la droit de la guerre), le tout étant précédé d'une introduction qui groupe à la fois la notion, les fondements, les sources et l'histoire du droit international. L'auteur du *Lehrbuch* a cru devoir renoncer délibérément à tout exposé historique, et il l'annonce dans sa préface. De plus, le système usuel n'a jamais permis une classification satisfaisante. La question des traités, par exemple, était abordée tant dans l'introduction à propos des sources du droit des gens que dans la troisième partie à propos des relations pacifiques entre Etats. Paul Guggenheim a résolu ce problème en traitant l'ensemble de cette question, avec d'autres, dans le troisième chapitre de son *Lehrbuch*, qui occupe l'essentiel de la première livraison, et intitulé: «Die Erzeugungsarten des Völkerrechts». Ajoutons du reste en passant qu'on trouve déjà cette systématique dans les *Principes généraux du droit international public* de Charles Rousseau parus en 1944, qui s'inspirent pourtant de prémisses toutes différentes de celles de l'auteur du *Lehrbuch*. Ce qui semble bien démontrer que la conception classique de la systématique de Fauchille et de son école est dépassée.

Les trois chapitres suivants de l'ouvrage de Paul Guggenheim traitent successivement du champ d'application personnel, matériel et temporel du droit des gens (livraison 2 et début de la livraison 3). Le premier d'entre eux retiendra tout particulièrement l'attention: on pouvait être curieux de voir le positivisme juridique aux prises avec la question des sujets du droit international. L'auteur distingue tout d'abord les sujets du droit des gens en vertu du droit international coutumier d'une part, et conventionnel de l'autre. Pour ce qui est des premiers, il passe en revue les Etats souverains, l'ordre juridique provisoire des insurgée et des belligérants, les gouvernements en exil, les individus en tant que sujets responsables en vertu du droit des gens coutumier, le Pape comme chef de l'Eglise catholique-romaine. Ceux de la deuxième catégorie sont les Etats créés par traité, les Mandats et les Territoires sous tutelle, les associations d'Etats du droit des gens — elles sont l'objet d'une classification en associations paritaires et non-paritaires, et visant des intérêts collectifs ou particuliers, qui mériterait à elle seule une étude —, enfin les individus et les personnes morales du droit interne qui sont soumises directement au droit international conventionnel (c'est notamment le problème de la protection des minorités et des droits de l'homme). Une troisième catégorie groupe enfin

les sujets du droit international qui ont des droits et des obligations par l'intermédiaire du droit interne. Il s'agit ici des membres d'Etats, des cantons suisses en particulier, et des individus et des personnes morales du droit interne en tant que visés par la protection diplomatique et le droit des étrangers, et partant sujets indirects du droit international. Mentionnons au hasard, pour ne faire que signaler l'intérêt jamais faiblissant de l'ouvrage, les pages du chapitre relatif au champ d'application matériel du droit des gens qui sont consacrées au droit aérien, et celles du chapitre visant le champ d'application temporel qui traitent de la reprise des obligations financières lors d'une succession d'Etats. Le septième chapitre, enfin, qui clôt la troisième livraison et en même temps le volume I du *Lehrbuch*, a pour titre «Die völkerrechtlichen Organe». Le chef de l'Etat, l'administration des affaires étrangères, et les agents diplomatiques et consulaires n'y sont plus qualifiés, comme ce fut presque toujours le cas jusqu'ici, d'organes du droit interne, mais d'«organes du droit des gens en union personnelle avec des organes du droit interne». Exemple parmi tant d'autres de la systématique rigoureuse que nous avons signalée, l'auteur cite dans cette dernière catégorie l'armée régulière en campagne en dehors du territoire de l'Etat.

Il n'était nullement question pour nous d'être complet: l'index qui tient lieu de table des matières du volume I ne compte-t-il pas 22 pages? Notre but n'était que d'attirer l'attention sur l'attrait extraordinaire de l'ouvrage et la valeur fondamentale de l'œuvre scientifique qu'il présente.

On ne saurait annoncer en 1949 la parution d'un traité de droit international sans relever aussi l'intérêt du moment où une étude de ce genre est livrée au public. C'est plus qu'un acte de courage, c'est presque une gageure de vouloir réaliser un tel projet dans des années où la vie juridique internationale évolue avec une rapidité telle que celle qui caractérise le développement des rapports interétatiques d'après-guerre. Mais c'est aussi faire une œuvre de la plus haute utilité, et on doit rendre hommage à Paul Guggenheim de l'avoir tentée. Son succès est éclatant. Les faits juridiques les plus récents nous apparaissent en effet le plus souvent au travers de l'actualité; ils font tout au plus parfois l'objet de monographies les analysant pour eux-mêmes. Dans le *Lehrbuch des Völkerrechts*, ils sont dûment rapportés et situés à la place qui leur revient dans la systématique générale du droit international public. Les phénomènes juridiques nouveaux sont insérés dans le cadre plus vaste du droit des gens considéré dans son ensemble. Ils sont ainsi susceptibles d'être appréciés à leur juste valeur, en fonction des manifesta-

tions qu'ils représentent de l'ordre juridique international, ce qui permet de mesurer exactement l'évolution subie par cet ordre. Il n'est guère besoin d'insister sur l'importance pratique d'un ouvrage qui aborde à l'heure actuelle, dans l'exposé méthodique du droit des gens, la question des gouvernements en exil, celle du statut de Trieste et des Territoires sous tutelle, des institutions spécialisées des Nations Unies, de l'accession de la Suisse à la Cour internationale de Justice, de la protection des droits de l'homme telle qu'elle est envisagée par l'Organisation des Nations Unies, du statut des réfugiés.

Nous ne ferons que signaler la richesse extraordinaire des sources tant doctrinales que jurisprudentielles citées par Paul Guggenheim dans son *Lehrbuch*. Celui-ci peut être certainement pris comme point de départ pour l'étude approfondie de n'importe lequel des sujets qu'il traite, et c'est là une qualité maîtresse d'un ouvrage scientifique général qui veut remplir son but. Nous n'aborderons pas, d'autre part, les quelques points sur lesquels l'auteur bat en brèche les principes les plus généralement admis de la théorie du droit international public, tels les éléments formateurs de la coutume internationale ou l'acquisition de territoires déjà occupés par autrui. Les spécialistes auront trouvé d'eux-mêmes dans l'ouvrage matière à réflexion. Il est autre aspect du traité de Paul Guggenheim sur lequel nous voulons plutôt insister encore, aspect que révèle le sous-titre même du *Lehrbuch*: «Unter Berücksichtigung der internationalen und schweizerischen Praxis». Que l'œuvre d'un positiviste tienne éminemment compte de la pratique internationale, le fait s'entend de soi. L'importance accordée ici à la pratique suisse — au sens le plus large du terme, si l'on veut bien considérer la place faite aux sentences arbitrales internationales rendues par des juristes suisses — est intéressante à plus d'un égard. On ne saurait, tout d'abord, contester l'intérêt majeur que présentent pour le juriste internationaliste des ouvrages généraux du droit des gens éclairés à la lumière de la pratique d'Etats particuliers. Les œuvres d'un Hyde (Etats-Unis d'Amérique) ou d'un Accioly (Brésil) sont des documents d'une grande valeur pratique; ils contiennent une somme de renseignements qui, groupés systématiquement, permettent sans aucun doute à la science juridique de marquer des progrès qui comptent parmi les plus réels qu'elle peut accomplir.

Mais l'intérêt d'une telle œuvre gît encore ailleurs, en l'espèce. Le monde scientifique du droit international sait déjà qu'il ne peut se passer de l'ouvrage de Paul Guggenheim, et il n'est guère besoin de le répéter. Le Professeur Wehberg a réservé au *Lehr-*

buch, dans la «Friedens-Warte», l'accueil qui convenait en déclarant qu'on était en présence d'une étude fondamentale, désormais indispensable à quiconque voulait étudier un problème du droit international, et qui marquait dans la littérature du droit des gens. Ce que nous voulons relever ici, c'est la valeur du *Lehrbuch des Völkerrechts* du point de vue du droit suisse. On y trouve une somme de renseignements d'ordre législatif et jurisprudentiel qui doivent en faire un instrument de travail précieux non seulement pour les théoriciens du droit public suisse, mais également pour tous les praticiens. Quelques exemples seront plus suggestifs qu'une explication: le lecteur pourra trouver dans le texte et dans l'appareil de notes considérable de l'ouvrage des indications précieuses sur les sources auxquelles on peut se procurer les textes des traités internationaux conclus par la Suisse; sur les effets de la non-reconnaissance d'un Etat quant à l'application par les tribunaux du droit dudit Etat dans la jurisprudence suisse; sur la répartition des compétences entre la Confédération et les cantons en matière de relations extérieures; sur la nationalité; sur la pratique suisse en matière de protection diplomatique et de proteection des biens étrangers; sur la législation et la pratique en matière de statut des étrangers; sur l'extradition; sur le statut de la navigation rhénane; sur le droit aérien suisse; sur la navigation maritime suisse; enfin sur la réglementation et la pratique suisses en matière d'organes diplomatiques et consulaires, pour ne citer pêle-mêle que quelques points parmi les plus importants.

En résumé, le *Lehrbuch des Völkerrechts* est donc un ouvrage dont l'utilité pratique ne le cède en rien à la valeur scientifique. Il n'est guère besoin d'en dire plus pour présenter l'œuvre capitale de Paul Guggenheim, qui fait honneur non seulement à l'élite du droit international, mais à la science juridique suisse toute entière.

PD. Dr. Paul Berthoud, Neuchâtel

Eingegangene Bücher
(Besprechung vorbehalten)

Althaus, René: Die Unterabteilungen der Gemeinden im schweizerischen Recht. Unter besonderer Berücksichtigung des Berner, Bündner, Zürcher, St. Galler und Waadtländer Gemeinderechts. (Abh. z. schweiz. Recht NF. Heft 264.) Bern 1949 (Stämpfli & Co.). 98 S. Fr. 5.50.

L'Arbitrage commercial et la loi dans les différents pays. Résumé des règles concernant la convention arbitrale, la procédure,

la sentence arbitrale, l'exécution des sentences et les voies de recours. Edité par le Secrétariat de la Chambre de commerce internationale. Basel 1949 (Verlag für Recht und Gesellschaft). Lose Blätter in Leinwandmappe.

Bader, Karl S.: Soziologie der deutschen Nachkriegs-Kriminalität. Tübingen 1949 (J.C.B. Mohr [P. Siebeck]). 209 S. DM. 9.80.

Cardozo, Benjamin N.: Lebendiges Recht. (The growth of the law.) München 1949 (Biederstein). 82 S. DM. 3.60.

Die Durchführung der Gewaltentrennung in der Schweiz. (Veröffentlichungen der schweiz. Verwaltungskurse an der Handels-Hochschule St. Gallen.) Einsiedeln 1949 (Benziger). 106 S. Fr. 9.40.

Eichenberger, Kurt: Die oberste Gewalt im Bunde. Über die verfassungsrechtliche Verteilung und die tatsächliche Ausübung der Rechtssetzungs- und Regierungsfunktionen im schweiz. Bundesstaat. Diss. Bern. Zürich 1949 (Polygraphischer Verlag). 342 S. Fr. 13.—.

Entscheidungen des eidgenössischen Versicherungsgerichts. Amtliche Sammlung 1948/II. Bern 1949 (H. Huber). S. 49—159.

Esser, Josef: Lehrbuch des Schuldrechts. Karlsruhe 1949 (C.F. Müller). 527 S.

Extraits des principaux arrêts rendus par les diverses sections du Tribunal cantonal de l'Etat de Fribourg en 1948. Fribourg 1949 (Imprimerie Fragnière). 179 p.

Frey, Hans K.: Die disziplinarische und gerichtliche Bestrafung von Kriegsgefangenen. Die Anwendung des Kriegsgefangenenabkommens von 1929 auf die angelsächsischen und deutschen Kriegsgefangenen während des zweiten Weltkrieges. Wien 1948 (Springer-Verlag). VIII und 147 S. Fr. 15.60.

Gafner, Hans: Das Dokumentenakkreditiv nach schweizerischem Recht und dem internationalen Regulativ von 1933. (Abh. z. schweiz. Recht NF. Heft 269.) Bern 1949. (Stämpfli & Co.). 103 S. Fr. 5.50.

Geigel, Reinhart: Der Haftpflichtprozeß mit Einschluß des materiellen Haftpflichtrechts. 4., verb. Aufl. München und Berlin 1949. (Biederstein-Verlag). 423 S. Geb. DM. 16.—.

Gmür, Rudolf: Die Abgrenzung des Fischereiregals von den privaten Fischenzen im Kanton Bern. (Abh. z. schweiz. Recht NF. Heft 263.) Bern 1949 (Stämpfli & Co.). 126 S. Fr. 6.—.

Hilty, Hans Rudolf: Carl Hilty. (Schweiz. Heimatbücher Nr. 27.) Bern o. D. (Paul Haupt). 48 S. mit Illustrationen und farbigem Umschlag. Fr. 3.50.

Lakimies, Suomalaisen Lakimiesyhdistyksen Aikakauskirja, 1948. (In finnischer Sprache.)

Mitteilungen der schweizerischen Verrechnungsstelle. Communications de l'Office suisse de compensation. Comunicazioni dell'Uffizio svizzero di compensazione. Bd. I, Heft 1. Zürich 1949.

Mitteis, Heinrich: Die Rechtsgeschichte und das Problem der historischen Kontinuität. (Abh. der deutschen Akademie der Wissenschaften, Jahrg. 1947, Philosophisch-historische Klasse Nr. I.) Berlin 1948 (Akademie-Verlag). 4⁰, 25 S.

Mitteis, Heinrich: Über das Naturrecht. (Deutsche Akademie der Wissenschaften, Vorträge und Schriften Heft 26.) Berlin 1948 (Akademie-Verlag). 47 S.

Molitor, Erich: Über öffentliches Recht und Privatrecht. Eine rechtssystematische Studie. Karlsruhe 1949 (C.F. Müller). 80 S.

Monteil, Victor: Das Objekt der Erbschafts- und Schenkungssteuern in der Schweiz. (Abh. z. schweiz. Recht NF. Heft 265.) Bern 1949 (Stämpfli & Co.). 212 S. Fr. 9.—.

Musy, Francis: Le droit formel de l'interdiction dans le Canton de Fribourg. Thèse Fribourg. Fribourg 1948. 147 p.

Ränk, Richard: Einwirkung des Krieges auf die nichtpolitischen Staatsverträge. (Publications de l'Institut Suédois du Droit international N⁰ 8.). Uppsala 1949 (Almqvist & Wiksells Buchdr.). 234 S.

Ripert, Georges: Le déclin du Droit. Etudes sur la législation contemporaine. Paris 1949 (R. Pichon et R. Durand-Auzias). 225 p.

Sauer, Wilhelm: Völkerrecht und Weltfrieden. Fundamente zur völkerrechtlichen Neuordnung. Stuttgart 1948 (Kohlhammer). 212 S. DM. 18.—.

Schenker, Otto: Die Zusicherung von Eigenschaften beim Kauf. (Abh. z. schweiz. Recht NF. Heft 267.) Bern 1949 (Stämpfli & Co.). 62 S. Fr. 4.—.

Schiffer, Eugen: Die deutsche Justiz. Grundzüge einer durchgreifenden Reform. München und Berlin 1949 (Biederstein-Verlag). 308 S. Geb. DM. 14.—.

Schmidlin, Kurt: Die Versorgungsbetriebe (Gas, Wasser, Elektrizität) der bernischen Einwohnergemeinde. (Abh. z. schweiz. Recht NF. Heft 268.) Bern 1949 (Stämpfli & Co.). 50 S. Fr. 3.50.

Schneider, Erich: Die Havarie grosse und ihre Auswirkungen in der schweizerischen Transportversicherung. (Abh. z. schweiz. Recht NF. Heft 266.). Bern 1949 (Stämpfli & Co.). 87 S. Fr. 5.—.

Schönke, Adolf: Zivilprozeßrecht. Eine systematische Darstellung. 6., neubearbeitete Aufl. Karlsruhe 1949 (C. F. Müller). 502 S. geb.

Schönke, Adolf: Strafgesetzbuch. Kommentar. 4., neubearb. Aufl. München und Berlin 1949 (Biederstein-Verlag). 846 S. Geb. DM. 36.—.

Schönke, Adolf: Die Schiedsgerichtsbarkeit in Zivil- und Handelssachen in Europa. Bd. II. Berlin 1948 (C. Heymann). 312 S. Geb. DM. 20.—.

Schwartz, Paul: Einführung in die Praxis des Dienstvertragsrechts. Basel 1949 (Helbing & Lichtenhahn). 120 S. Fr. 5.—.

Weiß, Egon: Institutionen des römischen Privatrechts als Einführung in die Privatrechtsordnung der Gegenwart. 2. Aufl. Basel 1949 (Verlag für Recht und Gesellschaft). 604 S. Geb. Fr. 40.—.

Wirtschaft und Recht. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsrecht mit Einschluß des Sozial- und Arbeitsrechts. Vierteljahrsschrift. I. Jahrg. Heft 1. Zürich (Art. Inst. Orell Füßli). Pro Jahrgang Fr. 20.—.

Wolff, Martin: Das internationale Privatrecht Deutschlands. (Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft hrsg. von Kunkel und Peters, XV.). 2. Aufl. Berlin 1949 (Springer). 215 S. DM. 16.—.